

01.10.2019 - Die Quadratur des Kreises

Trotz der Einigung zwischen den USA und der Türkei bleibt die Gefahr eines Krieges gegen Rojava hoch

von Nick Brauns

Der sog. Sicherheitsmechanismus, den die USA und die Türkei in Nordsyrien vereinbart haben, steht auf höchst unsicherem Grund.

Am zweiten Septemberwochenende fand erstmals eine gemeinsame Patrouillenfahrt von US-Soldaten und türkischen Militärs im Norden Syriens nahe der Stadt Tall Abyad statt. Es folgten gemeinsame Aufklärungsflüge mit Helikoptern über dem auch als Rojava bekannten Selbstverwaltungsgebiet.

«Die Patrouillen waren bei der autonomen Selbstverwaltung bereits im Vorfeld angemeldet worden und sind Teil des Abkommens, das die internationale Koalition geschlossen hat, um den Krieg fernzuhalten und die Stabilität in den Grenzgebieten zu sichern», erklärte das Militärbüro der Demokratischen Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien im Anschluss.

Die Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) einschließlich der von Ankara als terroristisch angesehenen kurdischen Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG/YPJ hatten sich zuvor mit ihren schweren Waffen fünf Kilometer von der Grenze zur Türkei zurückgezogen und Befestigungsanlagen abgerissen. Die Kontrolle über das Grenzgebiet übernahmen stattdessen lokale Militärräte in Kooperation mit US-Truppen. All dies geschah im Rahmen eines «Sicherheitsmechanismus», auf den sich die NATO-Partner USA und Türkei unter indirekter Einbeziehung der SDF zuvor geeinigt hatten.

Widerstreitende Interessen

Noch Anfang August schien ein türkischer Einmarsch in das nordsyrische Selbstverwaltungsgebiet unmittelbar bevorzustehen. Die türkische Regierung forderte eine 30 Kilometer tiefe «Sicherheitszone» entlang der 380 Kilometer langen Grenzlinie östlich des Euphrat. Eine solche Besatzungszone würde alle kurdischen Siedlungsgebiete und die meisten größeren Städte der Region umfassen. Ankara will dort einen Teil der 3,5 Millionen in der Türkei lebenden syrischen Flüchtlinge ansiedeln, was einen massiven demografischen Wandel zulasten der kurdischen Bevölkerung bedeuten würde.

Ein Einmarsch in das Selbstverwaltungsgebiet in Nordsyrien hätte das durch Ankaras Kauf russischer S400-Luftabwehrraketen schon angespannte Verhältnis zwischen den

NATO-Mächten USA und Türkei weiter eskalieren lassen. Doch auf der jährlichen Sitzung des Obersten Militärrats der Türkei am 1. August hatte Verteidigungsminister Hulusi Akar angeordnet, diejenigen Generäle, die eine Kooperation mit den USA ablehnen, in den vorzeitigen Ruhestand zu schicken.

Nachdem die NATO-Kontrolle über den Generalstab auf diese Weise wieder vollständig hergestellt war, einigten sich Vertreter des türkischen und des US-Militärs auf die Bildung eines gemeinsamen Operationszentrums in der Stadt Sanliurfa zur Umsetzung der von Ankara geforderten «Sicherheitszone». Konkret vereinbart wurde bislang allerdings nur der eingangs beschriebene «Sicherheitsmechanismus».

Dies bot der türkischen Führung zwar die Chance, den angekündigten Angriff auf Nordsyrien ohne Gesichtsverlust erst einmal zurückzustellen. Allerdings ist der «Sicherheitsmechanismus» weitgehend symbolischer Natur. Denn er ermöglicht zwar der türkischen Armee, alle paar Wochen bei gemeinsamen Patrouillen mit den US-Streitkräften in Nordsyrien Flagge zu zeigen.

Doch Ankara ist nicht verborgen geblieben, dass es sich bei den Militärräten, die nun anstelle von SDF und YPG/YPJ die Kontrolle über das Grenzgebiet ausüben, lediglich um eine föderale Neustrukturierung der Verteidigungskräfte der Selbstverwaltungsregion handelt.

Die Militärräte

Mit der Bildung der aus örtlichen Kräften gebildeten Militärräte wurde bereits im Mai begonnen, nachdem zuvor der letzte vom sog. Islamischen Staat kontrollierte Ort Baghouz im Osten Syriens befreit werden konnte. Waren für die Befreiung der vom IS besetzten Gebiete und Städte noch große mobile Truppenverbände notwendig, so erfordert der Kampf gegen die nun zum Guerillakrieg mit Anschlägen, Morden und Sabotageaktionen übergegangenen IS-Zellen im Untergrund eine Stärkung lokaler Sicherheitsstrukturen der ortsansässigen und ortskundigen Bevölkerung.

Die Bildung der an die örtlichen Volksräte angebotenen Militärräte, die ihre eigenen Kommandanten und Kommandantinnen wählen, entspricht zudem der Forderung des Vordenkers der kurdischen Freiheitsbewegung, Abdullah Öcalan, wonach jede selbstverwaltete Einheit in der Lage sein muss, sich auch selbst zu verteidigen. Diese Ideologie des auf multiethnischer rätendemokratischer Selbstverwaltung beruhenden Demokratischen Konföderalismus ist es, die von Ankara als terroristisch angesehen wird, egal ob ihre Träger in Nordsyrien Kurden, Araber, Assyrer oder Turkmenen sind.

Entsprechend unzufrieden zeigte sich der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan mit der Umsetzung der «Sicherheitszone». «Es scheint ganz so, als ob unser Verbündeter nach einer Sicherheitszone für die terroristische Organisation und nicht für uns trachtet»,

klagte Erdogan, und «dass das, was die USA wollen und das was wir wollen, nicht dasselbe ist».

Was die USA wollen, ist dabei in erster Linie eine Stabilisierung in Nordsyrien, um ein Wiederaufleben des IS zu verhindern und zugleich den Einfluss des syrischen Regimes und seiner iranischen und russischen Unterstützer zurückzudrängen.

Der Versuch der US-Regierung, dies mit dem Schutzbedürfnis ihrer lediglich taktischen kurdischen Verbündeten in Nordsyrien einerseits, dem Interesse ihres strategischen NATO-Partners Türkei nach Zerschlagung des «kurdischen Terrorkorridors» andererseits unter einen Hut zu bringen, gestaltet sich mithin als der unmögliche Versuch einer Quadratur des Kreises.

Die Gefahr, dass die USA dem Drängen der türkischen Regierung nachgeben und einen begrenzten türkischen Einmarsch in das Selbstverwaltungsgebiet zulassen, um im Gegenzug die Türkei wieder aus dem russischen Orbit herauszuziehen, ist real und die Gefahr eines Krieges gegen Rojava somit keineswegs gebannt.

Sollte die Sicherheitsvereinbarung mit Ankara scheitern und die USA sich gar aus Syrien zurückziehen, würden die SDF eher ein Abkommen mit dem Assad-Regime und dessen Schutzmacht Russland schließen, als unter türkischer Besatzung zu leben, erklärte der SDF-Oberkommandierende Mazlum Kobani. Er brachte damit eine andere Option ins Spiel, die bislang allerdings an dem Beharren der Regierung in Damaskus auf vollständiger Unterwerfung der Selbstverwaltungsregion gescheitert ist.